

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden  
Bismarckstr. 10, 80011  
Telefon: 1011

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden  
Bismarckstr. 10, 80011  
Telefon: 1011

Verlag: Meyer & Neumann  
Bismarckstr. 10, 80011  
Telefon: 1011

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

## Die Reichsregierung im Umbau

### Es soll beim Brüning-Kurs bleiben

Berlin, 6. Okt. (Eig. Drahtm.) Die Einreichung der Gesamtdemission des Reichskabinetts, das am Mittwochvormittag nach einer Sitzung zusammentritt, erwartet man für Mittwoch nachmittag. Man will offenbar zwischen dem Zeitpunkt des Rücktritts und dem der Ernennung des neuen Kabinetts mit dem bisherigen Reichskanzler an der Spitze einen möglichst geringen Zwischenraum legen, so daß Rücktritt und Ernennung des neuen Kabinetts aufeinanderfolgen. Allerdings hat das zur Voraussetzung, daß die personellen Fragen bis dahin ihre endgültige Klärung erfahren haben. Bis heute abend waren jedenfalls diese Fragen teilweise noch vollkommen offen, ohne daß über neue Kandidaturen außer den bereits genannten Namen etwas bekannt geworden wäre.

Bisher steht nur fest, daß Geheimrat Schmidt das Wirtschaftsministerium abgeben will. Es soll aber noch als möglich, daß er das Reichsverkehrsministerium übernimmt. Dagegen ist es nicht richtig, daß der frühere preussische Landwirtschaftsminister Professor Wasmuth das Reichswirtschaftsministerium bereits abgelehnt habe. Die Gerüchte, wonach auch mit Dr. Valer verhandelt wird, werden von unterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet.

Das Außenministerium wird nicht durch einen neuen Minister besetzt werden. Vielmehr wird der Kanzler es selbst übernehmen.

Ursprünglich war daran gedacht worden, Staatssekretär v. Bülow mit der Wahrnehmung der Geschäfte zu betrauen, da damit der Kanzler von den Vorkämpfern empfänger und ähnlichen Aufgaben befreit würde. Diesen Plan hat man aber wieder fallen lassen, da Dr. Brüning die Verhandlungen mit den ausländischen Missionen, die die Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter über die schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, auch bisher schon in weitem Maße selbst wahr genommen hat.

Die Meldungen, daß bei der Kabinettsbildung auch der Staatssekretär der Reichskasse Dr. Pander und der

Präsident der Reichsregierung, Dr. Secklin, durch neue Männer ersetzt werden würden, werden als nicht zutreffend bezeichnet. Wie schon gemeldet, soll das Justizministerium, das seit dem Rücktritt Dr. Brüning verwaist war, der Staatssekretär des Ministeriums, Dr. Joel, als Minister erhalten. Ein ähnliches Vorgehen soll nun auch beim Reichsinnenministerium geplant sein, wo an Stelle des zurücktretenden Dr. Wirth der Staatssekretär Dr. Zweigert das Ministeramt übernehmen soll. Es handelt sich hier aber bisher nur um eine Version, für die eine Bestätigung nicht zu erwarten ist. Daß diese Version aber manche Wahrscheinlichkeit für sich hat, geht aus der Erwägung hervor, daß die Berufung eines anderen Parteipolitikers nach dem Rücktritt Dr. Wirths leicht parteipolitische Gegensätzlichkeiten auslösen könnte. Im übrigen haben sich im Laufe des Mittwochsnachmittags in den Fragen der Kabinettsbildung keine weiteren neuen Momente ergeben.

### Das Ausland zum Rücktritt Dr. Curtius'

Paris, 6. Oktober. Der Rücktritt des Reichsaußenministers ist in Paris zu spät bekannt geworden, um allen Blättern schon jetzt die Möglichkeit zu einer ausführlichen Stellungnahme zu geben. Der „Temps“ meint, Dr. Curtius habe das Wert seines Vorgängers zu hoch kompromittiert, als daß er noch länger auf seinem Posten hätte bleiben können. Sein Rücktritt sei voraussetzen gewesen und habe in Frankreich keineswegs überrascht. — Was die Lage in Deutschland anbelangt, so ist man sich in der hiesigen Presse über die Schwere vollkommen bewusst. Der „Antrachant“ erklärt, daß das Chaos, das augenblicklich in Deutschland herrsche, geradezu unglücklich sei. Die Krise habe ihren Höhepunkt erreicht. Selbst die zu erwartenden neuen Regierungserlasse hätten heute nur vermindertes Interesse, da die ganze Aufmerksamkeit auf die Neubildung der Regierung gerichtet sei.

London, 6. Oktober. Die Meldung von dem Rücktritt Dr. Curtius' ist bei den englischen politischen Stellen und auch an der Börse rubig aufgenommen worden. Da Brüning auch nach der Umbildung des Reichskabinetts Reichskanzler bleiben wird, so nimmt man hier an, daß eine grundsätzliche Änderung in der deutschen Außenpolitik nicht eintreten werde. In der Börse lagen jedoch deutsche Papiere etwas schwächer.

### Ein untauglicher Versuch

Die Gesamtdemission des Kabinetts Brüning ist nun, 24 Stunden, nachdem sich die ersten Krisenanzeichen gezeigt haben, zur Tatsache geworden. Noch nie in der wechselvollen Nachkriegsgeschichte hat sich die innere Entwicklung in so rasender Eile abgetragen. Besonders beim Kabinetts-Brüning, das durch seine halbautoritäre Regierungsweise gegen parlamentarische Zwischenfälle gefeit schien und das sich in viel schwieriger scheinenden Lagen gehalten hatte, kommt diese Wendung überraschend. Was alle Anstürme der vereinigten Opposition in 1 1/2 Jahren nicht vermocht haben, das hat die Forderung des Regierungskabinetts im Kampfe um die Person des Außenministers in wenigen Tagen erreicht. Man versteht jetzt, warum sich der Reichskanzler so schwer entschlossen hat, das heisse Eisen des „Rotes Curtius“ anzurühren. Denn von Anfang an war es der tragende Grundgedanke seines Regierungskabinetts, daß innerhalb des Kabinetts keine Personalveränderungen vorgenommen werden dürfen. Darum wollte er den wirtschaftspolitischen Reichsjustizminister Dr. Wredt nicht abgeben lassen, als er von seiner Partei abberufen wurde, und deshalb hat er den Reichsaußenminister Dr. Curtius gegen den Willen der Deutschen Volkspartei im Amt gehalten. Es war eine Gefahrengemeinschaft auf Geduld und Verberben, deren ganzer Notbau einfallen mußte, wenn sich nur ein Stein löste. In seinem Fall hat Curtius das ganze Kabinetts mitgerissen. Der letzte Grund war aber nicht sein Mißgeschick in der Behandlung der Zollunion, sondern die Rückficht auf die Gefahren der am nächsten Dienstag beginnenden Reichstags-Session. Wegen des Zusammenbruchs der Zollunionspolitik hätte nicht nur der Reichsaußenminister, sondern das Gesamtkabinetts, und nicht erst jetzt, sondern bereits nach der Niederlage in Genf zurücktreten müssen. Brüning ist ein viel zu ehrlicher Politiker, als daß er seinen Kollegen im Außenamt als Sündenbock in die Wüste geschickt hätte für Fehler, die er als Kanzler in erster Linie zu verantworten hat. Denn der Start zur Zollunion war ein Ausbruch der deutschen Außenpolitik mit der Richtung gegen Frankreich. Eine solche Wendung konnte der Außenminister nur unter Billigung des Kanzlers durchführen, der die Richtlinien der Reichspolitik bestimmt. Ebenso hat nicht einseitig erst Curtius die Schlacht in Genf verloren, obwohl seine unglückliche Taktik viel zu diesem Ausgang beigetragen hat, sondern der Kanzler hat wiederum das Signal zur Aufgabe des Projektes gegeben in jener Rundfunkrede, in der er sich öffentlich zur Verständigung mit Frankreich erbot.

Es müssen also andere Gründe hinzugekommen sein, die Brüning veranlaßt haben, sich vom Außenminister zu trennen und damit den Stiel der Regierungskrise ins Rollen zu bringen. Sie sind im Hinblick auf die innerpolitische Entwicklung nicht schwer zu erraten. Curtius, dessen freiwilliger und rechtzeitiger Abgang eine notwendige Weite des nationalen Selbstbehauptungswillens gewesen wäre, wird heute zum Opfer parteipolitischer Kalkulationen. Sein Sturz und die Aufnahme einiger nach rechts gerichteter Persönlichkeiten in die Regierung soll die ratende See, die das Kabinetts im Reichstage erwartet, beschwichtigen und die streikenden Parteien der gemäßigten Rechten noch einmal vor den Regierungskabinetts spannen. Oder, um es mit den Worten der konservativen Korrespondenz auszudrücken: um die Stellung der Regierungskoalition gegen rechts abzuschneiden und sie dort nicht mehr wie bisher dem äußersten Druck der Reichsopposition auszuweichen, denkt die Regierung an eine Umbildung, die über die Abdankung von Curtius hinaus noch die Befreiung der freien Ministerstühle vorsieht. Mit diesem „klarnten Reichskabinetts“, von dem man nicht weiß, inwiefern es mehr nach rechts orientiert sein sollte als das erste Kabinetts Brüning, hofft sich der Reichskanzler über die Klippen der Reichstagsabstimmungen in den Winter hinauszuhalten zu können.

Möglich, daß ihn diese Hoffnung nicht täuscht; möglich auch, daß die neue Kombination parlamentarisch scheitern, falls erste hält, was sie verspricht. Deswegen wird sie doch im besten Falle ein Ueberbrückung, aber nicht die Lösung sein. Vor Monaten hätte sie vielleicht genügt, um eine ausreichende Grundlage auf der rechten zur Überwindung der deutschen Krise zu sichern. Heute kommt auch dieser Versuch des Kabinetts Brüning, wie so manche seiner Taten, zu spät. Die innere Entwicklung ist inzwischen längst über das Stadium hinausgewachsen, in dem mit Scheiternsaktionen an die Rechte die Herrschaft der Mitte aufrechterhalten werden könnte. Um sich darüber klar zu werden, muß man an die politische-konstruktive Idee zurückdenken, mit der die Regierung Brüning ins Leben trat. Der Kanzler wollte ursprünglich von der nationalen Opposition so viel für sich ge-

## Sächsischer Protest gegen Brüning's Politik

### Brüning verteidigt sich im Reichstag

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Oktober. Die Notverordnungspolitik der Reichsregierung ist auch in den heutigen Versprechungen mit den Vertretern der Länder auf scharfen Widerspruch gestoßen, insbesondere war es der sächsische Ministerpräsident v. Schiele, der sich gegen eine Politik verwarft, die die Länder nicht vor vollkommene Tatsachen stellt, ohne ihnen zuvor die Möglichkeit zu geben, ihre berechtigten Wünsche vorzubringen. Der sächsische Ministerpräsident wandte sich namentlich auch dagegen, daß durch die Notverordnungspolitik des Reichs die Länderregierungen mehr und mehr zu bloßen Vollzugsorganen der Reichsregierung gemacht und dabei gezwungen werden, unter diesem Druck äußerliche Nuancen der Notmaßnahmen zu treffen, die die Reichsregierung für ihren Verwaltungsbereich nicht vornimmt.

Ministerpräsident Schiele ließ seine kritische Beurteilung der Politik des Kabinetts Brüning in dem Sinne ausfallen, daß sich die neue Notverordnung wiederum lediglich in Teilmaßnahmen erschöpfe und daß dem Volk nicht klar und eindeutig genug der Kurs gezeigt werde, mit dessen Hilfe die Reichsregierung Herr der gegenwärtigen Lage werden will.

Der sächsische Protest gegen die Politik des Kabinetts Brüning fand auch durch Vertreter anderer Länder Unterstützung. Vorher legte der Reichskanzler in einer längeren Rede die Ursachen der gegenwärtigen Krise dar. Er wies darauf hin, daß diese Ursachen in internationaler Natur seien, und ging in diesem Zusammenhang auf die Vorgänge in England ein, aus denen er folgerte, daß es im Augenblick nicht möglich sei, weitergehende wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen. Man müsse sich auf die Lösung der Lage beschränken. Die Krise selbst könne nur durch internationale Zusammenarbeit hinsichtlich der Ausbalancierung der Produktions- und Lebenshaltungskosten beseitigt werden. Der Reichsfinanzminister Dietrich legte die einzelnen Maßregeln der Notverordnung

dar, besonders im Hinblick auf die Länder und Gemeinden. In der sich nun anschließenden Aussprache ergab der sächsische Ministerpräsident Schiele das Wort zu den oben andeutungsweise wiedergegebenen Erklärungen.

Von den Ländervertretern wurden einzelne Teile der neuen Notverordnung sehr scharf kritisiert.

Für Bayern erhob Ministerpräsident Dr. Feld vor allem lebhafteste Bedenken gegen die ganze Sachbehandlung. Er bemängelte besonders, daß der Wortlaut des Notverordnungsentwurfes den Ländervertretern nicht rechtzeitig zugegangen sei und nicht einmal heute vorliege. Der bairische Ministerpräsident ging dann auf die einzelnen Punkte ein, verlangte eine andere als die vorgesehene Regelung der Zuweisungen für die Wohlfahrtsberufshilfsfürsorge, lehnte die Umschuldung in der beschriebenen Form ab, erhob scharfen Protest gegen die vorgesehene Regelung der Hauszinsensteuer und ebenso gegen die Behandlung des Sparzinsenwesens.

Er stellte dabei in Aussicht, daß die Bestimmungen über diese beiden Punkte in Bayern nicht durchgesetzt werden könnten. Er wies den Eingriff in die Unabhängigkeit der Länder auf diesen Gebieten als verfassungswidrig, als sachlich unnützlich und unbegründet zurück.

Er bemängelte dann die Art, wie die Siedlungsfrage gelöst und wie die Mittel hierfür beschafft werden sollten. Schließlich stellte er die Frage, wie die Länder und Gemeinden an den Reparationsersparungen und an den Münzgewinnen beteiligt werden sollen.

Gegenüber den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther über die vorgesehene Regelung des Sparzinsenwesens nahm der bayerische Innenminister Dr. Siegel das Wort und legte die verfassungsrechtliche Unzulässigkeit der vorgesehene Regelung, aber auch ihre sachliche Unbegründetheit dar. Gegen die vorgesehene umfangreiche Ausfüllung eines Teils der Liquidationsreserve der Länder-Bezirkszentralen erhob er nachdrücklich Protest.

Reichsbankpräsident Dr. Luther betonte auch auf dieser Konferenz wieder, daß die Notenbank eine neue Institution unter allen Umständen verdingern werde. Ebenso lehnte Dr. Luther die Schaffung einer Dinnenswährung ab.